

# Der Neue Kämmerer

Zeitung für öffentliches Haushalts-, Beteiligungs-, Immobilien- und Prozessmanagement

Ausgabe 1, März 2020

7,50 Euro

## „Mit kleinen Dingen Großes bewirken“

Karin Welge, Kämmerin der Stadt Gelsenkirchen, über die Zeit nach dem Stärkungspakt, ihre Ideen zur Altschuldenlösung und ihren nächsten Karriereschritt.

Seite 2



## Die Pacht mit dem Teufel

Die mittlerweile irrwitzigen Finanzlösungen für den FCK reichen vom Kauf von Anteilen am Fußballklub bis hin zur „FCK-Steuer“.

Seite 3

## „Die Investitionen sprengen den Rahmen“

Münchens Kämmerer Christoph Frey spricht über die erste Anleihe der Stadt nach 25 Jahren und warum er auf diese Finanzierungsform setzt.

Seite 7



## Investitionen in Betongold

München finanziert Wohnungsimmobilien über Stadtanleihe – auch andere Städte investieren Rekordvolumina.

Von Vanessa Wilke und Jakob Eich

Die Landeshauptstadt München hat einen Social Bond mit einem Volumen von 120 Millionen Euro zu einem Kupon von 0,25 Prozent am Kapitalmarkt platziert. Mit dem Erlös will sie Wohnimmobilien finanzieren. Nicht nur institutionelle Investoren, sondern auch Privatanleger können investieren. „Eine Kernfrage war für uns: Wem gehört München, und wie können wir sicherstellen, dass die Stadt zumindest ein wenig mehr den Bürgern gehört und gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird?“, erklärt Stadtkämmerer Christoph Frey den politischen Hintergrund der Transaktion.

Die Wohnungsnot in München ist so groß, dass das Thema höchste Priorität hat. Aufgrund eines Nettozuzugs von jährlich etwa 20.000 Personen könne der Wohnungsbau jedoch nicht mithalten, beschreibt Frey das Problem. Da die Eingriffstiefe der Stadt, gemessen am Gesamtmarkt, gering sei, könne sie die Preise kaum beeinflussen. Nun versucht die Stadt, ihre Einflussmöglichkeiten auf das Wohnungsangebot durch den Bau städtischer Wohnungen auszubauen.

Auch andere wachsende Städte investieren große Summen in den Wohnungsbau. Um die wohnungspolitischen Strategien miteinander vergleichen zu können, hat die Redaktion von „Der Neue Kämmerer“ eine Umfrage unter elf Städten durchgeführt. Alle teilnehmenden Städte (Berlin, München, Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Leipzig, Münster, Ulm, Freiburg und Tübingen) beschreiben die Situation ihres Wohnungsmarktes als angespannt.

Wesentliche Ursache für die Wohnungsnot sei das Bevölkerungswachstum. Die aus der



Protest-Wohnzimmer in der Sendlinger Straße: Aktivisten werben um Unterschriften für das Volksbegehren „Mietenstopp“ in München. Die Stadt hat zu einem fünfjährigen Mietenzwang aufgerufen und investiert in städtische Wohnungen, aber der Wohnungsbau kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht mithalten.

Wohnungsknappheit resultierenden starken Preisanstiege haben gravierende Auswirkungen: Wohnungssuchende haben kaum mehr eine Chance auf adäquaten Wohnraum, da es quasi kein Angebot gibt. Wer in einer bezahlbaren Wohnung lebt, gibt diese so schnell nicht mehr auf. Die Fluktuation, beispielsweise in Stuttgart, liegt unter 2 Prozent. 3.000 Haushalte suchen eine Sozialmietwohnung. Auch Köln kämpft mit einer zu niedrigen Wohnungsleerstandsquote. 2009 lag sie noch bei 2,2 Prozent, 2018 nur noch bei 0,9 Prozent. In Leipzig hat sich der Bodenwert für unbe-

baute Geschossgrundstücke zwischen 2012 und 2018 verfünffacht.

Die Herausforderungen in den Städten sind durchaus vergleichbar, doch die wohnungspolitischen Strategien sind unterschiedlich. Die Stadt Freiburg plant den Bau eines neuen Stadtteils mit rund 6.800 Wohnungen. Hinzu kommen die Entwicklung eines neuen Quartiers mit 1.000 Wohnungen und eines Baugebiets mit 500 Wohnungen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft investiere in den kommenden Jahren durchschnittlich rund 70 Millionen Euro, so die Stadt.

Münster plant bis 2023 Baumaßnahmen in einer Größenordnung von rund 750 Millionen Euro. Ziel sei es, etwa 2.000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, so Stadtkämmerin Christine Zeller. In den vergangenen Jahren habe Münster verstärkt Grundstücke angekauft und preisgedämpft an den Markt zurückgeführt. 2019 habe die Stadt Grundstücke für mehr als 50 Millionen Euro erworben. Zur langfristigen strategischen Steuerung erfolge eine Vergabe im Wege des Erbbaurechts, so Zeller.

Fortsetzung auf Seite 4 >>

## KOMMENTAR

### Nicht ohne Risiken

Von Vanessa Wilke

Die Wohnungsnot hat mancherorts ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Die Städte versuchen händierend, Einfluss zu nehmen und für Entspannung zu sorgen. Sie machen von Vorkaufsrechten Gebrauch und bemühen sich, Spekulationen am Wohnungsmarkt zu unterbinden. Mancher greift auch zu umstrittenen Instrumenten und geht politische Risiken ein. So hat Oberbürgermeister Boris Palmer mit seiner „Mobilisierung von Baulücken“ – oder, anders formuliert, dem Zwang zu bauen – unter Androhung von Enteignung auch über seine Stadt Tübingen hinaus für Aufmerksamkeit und Aufregung gesorgt. Und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat für seinen Mietendeckel ebenfalls viel Kritik geerntet.

Die meisten Städte gehen mit ihren Maßnahmen nicht so weit, setzen aber auf eine expansive Investitionsstrategie. Die anhaltende Niedrigzinsphase bietet dafür auf den ersten Blick auch ideale Bedingungen. Die expansive Politik birgt jedoch einige Risiken. So führen Preissteigerungen auch auf kommunaler Seite dazu, dass frühere Kostenschätzungen zum Teil deutlich überschritten werden. Betrachtet man so manches neue Quartier, wird man zudem das Gefühl nicht los, dass hier etwas regelrecht aus dem Boden gestampft wurde: Monotonie statt architektonischer Vielfalt prägt diese neuen Viertel. Die ständige Forderung nach Nachhaltigkeit ist schon etwas überstrapaziert. Dennoch wäre es wichtig, wachsam zu bleiben, damit die Städte am Ende nicht selbst die größten Opfer der angespannten Lage werden. <

v.wilke@derneuekaemmerer.de

## Die dunkle Seite der Digitalisierung

Die von Hackern ausgehende Gefahr ist real. Wie können Kommunen sich schützen?

Von Jakob Eich

Cyberkriminelle attackieren immer öfter auch Kommunen, mehrere Gemeinden mussten zuletzt ihre Systeme herunterfahren.

Frankfurt am Main, Alsfeld, Potsdam: Binnen weniger Tage wurden um die Jahreswende herum mehrere Kommunen von Hackern angegriffen. Um den potentiellen Schaden zu minimieren, mussten die Städte und Gemeinden ihre IT-Systeme herunterfahren. Die jetzigen Fälle könnten aber nur die ersten Ausläufer eines Sturms sein, der auf Behörden zukommt. Denn das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Kommunen, die wichtigsten Dienstleistungen di-

gital zur Verfügung zu stellen. Hacker reiben sich die Hände ob der neuen Möglichkeiten: Sie professionalisieren sich und bauen einen eigenen Dienstleistungsbereich namens „Crime as a Service“ auf. Davor warnt auch Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI), im Interview mit Der Neue Kämmerer (siehe Seite 15): „Früher brauchte man IT-Spezialkenntnisse, um Institutionen, Verwaltungen oder auch Unternehmen anzugreifen. Heute braucht man – etwas überspitzt – nur den Willen und die kriminelle Energie.“

### Kleine kommunale Budgets

Leider sind die Budgets vieler Gemeinden zu klein, als dass sie ein Team an IT-Sicherheitsspezialisten beschäftigen könnten. „Viele Kommunen geben nur wenig Geld für ihre

IT aus“, konstatiert Knud Brandis, Partner im Bereich Cybersecurity bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC. Allerdings gilt in der IT-Sicherheit nicht, dass viel Geld automatisch viel hilft. Kämmerer, die ihre Kommune vor Hackerattacken schützen wollen, müssen hierfür bei weitem keinen riesigen Teil ihres Budgets beiseitelegen, wie die Finanzplattform Capveriant in einer Checkliste zum Thema Cybersecurity schreibt: „Sicherheitsmaßnahmen sind nicht zwangsläufig mit hohen Investitionen in Sicherheitstechnik und der Beschäftigung von hoch qualifiziertem Personal verknüpft“, heißt es hier. Die Erstellung und Umsetzung eines wirksamen IT-Sicherheitskonzepts hänge auch von gesundem Menschenverstand, durchdachten organisatorischen Regelungen wie auch gut informierten Mitarbeitern ab.

Doch wo anfangen? Eine gute Basis bieten die IT-Grundschutz-Kataloge des BSI: „Wir haben beim IT-Grundschutz beispielsweise ein Modul für Kommunen entwickelt, das dezidiert Maßnahmen für Städte und Gemeinden auflistet“, sagt BSI-Präsident Schönbohm. Dazu gehört der Aufbau eines Managementsystems für Informationssicherheit, kurz ISMS. Die besten technischen Lösungen bringen aber wenig, wenn die Mitarbeiter und das technische Personal zu sorglos vorgehen. Daher muss die Belegschaft regelmäßig für das Thema IT-Sicherheit sensibilisiert werden. Sicherheitsexperte Brandis empfiehlt, das Wissen einfacher Mitarbeiter alle ein bis zwei Jahre aufzufrischen.

Wichtig ist in jedem Fall, dass Kommunen einen Notfallplan zur Hand haben. Zentrale Fragen müssen vor einer Attacke geklärt sein

– beispielsweise wie die Meldekette im Falle eines Cyberangriffs sind. „Wenn ein Mitarbeiter einen erfolgreichen Angriff vermutet, muss er wissen, wo er sich melden kann“, sagt PwC-Partner Brandis. Um die Belegschaft zu sensibilisieren, können Kommunen auch einen erfolgreichen Cyberangriff simulieren, um sich für den Ernstfall zu wappnen. Und was müssen Kommunen nach einem Angriff beachten? „Primärer Ansprechpartner bei einer Hackerattacke ist immer das jeweilige Innenministerium beziehungsweise das Landeskriminalamt“, sagt Brandis. Zur Verstärkung sollten Kommunen auch externe Spezialisten hinzuziehen, zu denen neben PwC auch lokale Systemhäuser und andere IT-Unternehmen zählen können. <

j.eich@derneuekaemmerer.de

## Haushalt

## „Mit kleinen Dingen Großes bewirken“

Gelsenkirchens Kämmerin Karin Welge steuert die Stadt mit einem rigiden Konsolidierungskurs.

Die Fragen stellte Anne-Kathrin Meves.

Karin Welge konnte für Gelsenkirchen zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Im Interview spricht die Kämmerin über die Zeit nach dem Stärkungspakt, ihre Ideen zur Altschuldenlösung und über ihren nächsten Karriereschritt.

### Frau Welge, Sie sind seit mehr als vier Jahren Kämmerin der Stadt Gelsenkirchen. Warum wollen Sie jetzt Oberbürgermeisterin werden?

Seit über 30 Jahren arbeite ich in der Verwaltung, mehr als 20 Jahre davon am Niederrhein unter anderen finanziellen Voraussetzungen als in Gelsenkirchen. Im Rahmen meiner bisherigen Tätigkeit durfte ich verschiedenste Themengebiete kennenlernen und in verantwortungsvoller Position mitgestalten. Für mich ist diese Arbeit nicht nur ein Job, sondern ein Privileg, jeden Tag das kommunale Umfeld, das Leben der hier wohnenden und arbeitenden Menschen mitgestalten zu können. Das Amt der Oberbürgermeisterin bietet die Möglichkeit, eine Klammer um all die Themen eines städtischen Zusammenlebens zu bilden, sie kreativ zu verbinden und systematisch zu vernetzen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam noch mehr gestalten.

### Welche Pläne haben Sie für Ihre Zeit als Oberbürgermeisterin, sollten Sie bei den anstehenden Kommunalwahlen im September dieses Jahres gewählt werden?

Gelsenkirchen bietet unzählige Themen und Herausforderungen. Mit den Bürgern und für die Bürger möchte ich alles tun, um unsere Stadt für die Zukunft weiterzuentwickeln. Es wird maßgeblich darauf ankommen, auch in Zukunft den sozialen Zusammenhalt der Gelsenkirchener Stadtgesellschaft zu wahren und unsere Stadt, trotz der finanziellen Restriktionen und schwierigen Rahmenbedingungen, fit für die Zukunft zu machen. Gleiches gilt natürlich auch für die Rolle als Verwaltungschefin von mehr als 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gelsenkirchen. Schon jetzt befinden wir uns mitten in einem Umbruch, verursacht durch den derzeitigen Generationenwechsel und auch durch rasante Entwicklungen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Als Oberbürgermeisterin möchte ich auch die Stadtverwaltung modern, offen und zukunftsgerichtet aufstellen.

### Wo sehen Sie die größten Anknüpfungspunkte an Ihre Arbeit als Kämmerin?

#### Porträt

Karin Welge (SPD) wacht als Kämmerin der Stadt Gelsenkirchen seit Ende 2015 über deren Finanzen. Seit 2019 ist die studierte Juristin zudem Stadtdirektorin. Davor übte sie das Amt der Sozialdezernentin in der Großstadt mit mehr als 260.000 Einwohnern aus und leitete bereits in dieser Zeit kommissarisch auch das Finanzdezernat. Bevor es sie 2011 in das Ruhrgebiet zog, war sie Kämmerin der Stadt Xanten am Niederrhein. Die SPD nominierte sie als Kandidatin für die Kommunalwahl im September dieses Jahres und damit als Nachfolgerin für Frank Baranowski (SPD). Karin Welge hat zwei Töchter.



Karin Welge, Kämmerin der Stadt Gelsenkirchen

Da sehe ich insgesamt eine große Schnittmenge. Der Haushalt ist kein Selbstzweck. Er bildet die Grundlage, um auch in schwierigen Zeiten das Beste aus den finanziellen Rahmenbedingungen herauszuholen. Darin besteht auch eine der Hauptaufgaben eines Oberbürgermeisters. Es müssen Prioritäten gesetzt und gemeinsame Lösungen gefunden werden.

### Sie sprachen eben über die vielen Herausforderungen, die es in Gelsenkirchen zu meistern gilt, ...

... Die Probleme sind offenkundig. Wir können und dürfen sie nicht negieren. Mit 500 Millionen Euro machen Transferleistungen auch in diesem Jahr fast die Hälfte der Gesamtausgaben der Stadt aus. Dazu kommen andere Dauerthemen wie der Strukturwandel des Ruhrgebiets insgesamt, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. Aber auch die Systematik der Kommunalfinanzen allgemein ist für Gelsenkirchen eine Herausforderung, begünstigt sie doch in ihrer Grundausrichtung nicht unbedingt die Kommunen, die eine schwächere Sozialstruktur haben.

### Wie ist die Arbeit als Kämmerin in einer solchen Kommune? Welcher Gestaltungsspielraum bleibt Ihnen?

Auch wenn ich keine Herausforderung scheue, könnte ich sicherlich auf die eine oder andere verzichten. Dennoch ist es den Kollegen der Kämmerie in guter Zusammenarbeit mit den politischen Akteuren trotz des rigiden Konsolidierungskurses gelungen, die Einschnitte für die Stadtgesellschaft in Grenzen zu halten. Man wird kreativer und phantasievoller, wenn es darum geht, immer mehrere Aufgaben gleichzeitig und mit immer weniger Mitteln zu lösen. Durch den Strukturwandel ist die Einwohnerzahl in Gelsenkirchen von knapp 400.000 Einwohnern in den fünfziger Jahren auf heute nur noch 260.000 geschrumpft. Das gesamte Ruhrgebiet hat im gleichen Zeitraum aber nur 15 Prozent seiner Einwohner verloren. Wir in Gelsenkirchen müssen versuchen, mit kleinen Dingen Großes zu bewirken. Dazu gehört auch, Neues auszuprobieren und alte Verkrustungen zu durchbrechen. Das ist nicht immer einfach.

### Können Sie ein Beispiel nennen?

Seit drei Jahren gibt es etwa das Beteiligungsformat der Bezirksforen. Dort können Bürger ihre Ideen formulieren, und die Stadt stellt für die Umsetzung kleines Geld zur Verfügung. Damit lassen sich erste Impulse in den

Quartieren setzen – auch dafür, dass sich die Bürger ernst genommen fühlen und gerne in Gelsenkirchen wohnen bleiben.

### Was war Ihr bislang herausforderndstes Projekt?

Die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Das war ein Kraftakt, der von der gesamten Stadtgesellschaft gestemmt wurde. In der akuten Zeit ab 2015 haben viele Übermenschliches geleistet. In Gelsenkirchen gab es beispielsweise keine großen Hallen für die Unterbringung der geflüchteten Menschen wie in anderen Städten. Ich zolle allen Beteiligten



Das Hans-Sachs-Haus ist nicht nur der Verwaltungssitz von Gelsenkirchen und Arbeitsplatz von Karin Welge, sondern auch ein Wahrzeichen der Stadt.

großen Respekt. Mindestens genauso herausfordernd war die Haushaltskonsolidierung. 2012 ist Gelsenkirchen in den Stärkungspakt Stadtfinanzen gegangen. Damals hat kaum jemand daran geglaubt, dass Gelsenkirchen den Haushaltsausgleich schaffen und sogar zu einer Blaupause für andere Städte werden würde.

### Sie konnten 2020 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und erfüllen damit die Vorgaben des Stärkungspaktes. Dieser läuft 2021 aus. Wie geht es dann für die Stadt weiter?

Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Ohne weitere Hilfe von Bund und Land wird es nicht gehen. Das Thema ist für uns virulent, da zeitlich nahe. Seitens der Landesregierung muss ein Nachfolgegesetz zum Stärkungspakt auf den Weg gebracht werden. Es hilft keinem, wenn Land auf Bund und Bund auf Land warten, wie wir es in der Altschuldenthematik aktuell leider erleben. Die Kommunen müssen

grundsätzlich stärker an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, die sie unmittelbar betreffen. Ich habe aber den Eindruck, dass Gelsenkirchen, bundespolitisch gesehen, häufig durchs Raster fällt. Bei einem Anteil von 50 Prozent Sozialausgaben am Gesamthaushalt brauche ich klare Strukturen.

### Wie stehen Sie zum derzeit viel diskutierten Thema Altschulden? Glauben Sie, dass es eine für alle Bundesländer faire Lösung geben kann?

Es kann meiner Meinung nach nur eine solidarische Lösung geben. Und so wird sich die Frage stellen, ob die Bundesrepublik, 30 Jahre nach dem Mauerfall, noch einmal die solidarische Leistung aufbringen kann, strukturell benachteiligte Regionen zu unterstützen. Wenn, bildlich gesprochen, von zwei Kindern eines krank ist, werde ich mich als Mutter auch mehr um das kranke Kind kümmern – natürlich ohne das andere zu vernachlässigen. Nicht alle Kommunen sind vom Problem der Altschulden gleich betroffen. Eine nachhaltige Lösung würde zudem beinhalten, nicht nur die Kassenkredite auf null zu setzen, sondern dauerhafte Strukturen der Kommunalfinanzierung zu schaffen, die es Kommunen ermöglichen – bei gewissenhaftem Wirtschaften –, ohne neue Kreditaufnahmen auszukommen. Beide Ansätze müssten miteinander verzahnt werden. Einer meiner Vorgänger hat Gelsenkirchens Tafelsilber veräußert. Das hat jedoch nicht den erhofften Befreiungsschlag gebracht, sondern nur das Niveau der Verschuldung verschoben.

### Was schlagen Sie in der derzeitigen Situation konkret vor?

Eine spürbare Entlastung von den Sozialausgaben würde einen echten Befreiungsschlag

bedeuten. Das würde nicht nur Gelsenkirchen, sondern allen Kommunen helfen. Dadurch bekämen alle notleidenden Kommunen wieder Luft zum Atmen und könnten mit guten Projekten die Zukunft gestalten.

### Werden die Kommunen in solchen Fragen vom Land oder Bund in die Gespräche miteinbezogen?

Ich würde mir, wie gesagt, wünschen, dass es künftig kein Pingpongspiel mehr zwischen Bund, Ländern und Kommunen gäbe. Alle Kommunen sollten einbezogen werden, um an der Lösung der Altschuldenfrage zu arbeiten. Wir sind zwar im Diskurs mit einzelnen Abgeordneten und auch mit den Fraktionen in Berlin, aber es gibt keine echte Partizipation. Die Zeit ist jetzt durch die niedrigen Zinsen extrem günstig. Wir müssen dieses Zeitfenster dringend nutzen, um eine wirklich tragfähige Lösung zu finden. Alles andere wäre den Bürgern gegenüber unredlich. Nach 30 Jahren im Beruf bin ich zwar nicht naiv – allerdings immer optimistisch.

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Investitionen in Betongold</b>	S. 1
Städte investieren Rekordvolumina in Wohnungsimmobilien.	
<b>Die dunkle Seite der Digitalisierung</b>	S. 1
Die von Hackern ausgehende Gefahr ist real. Wie können Kommunen sich schützen?	
<b>Haushalt</b>	
<b>„Mit kleinen Dingen Großes bewirken“</b>	S. 2
Gelsenkirchens Kämmerin Karin Welge steuert die Stadt mit einem rigiden Konsolidierungskurs.	
<b>Die Pacht mit dem Teufel</b>	S. 3
In Kaiserslautern streitet man über irrwitzige Finanzlösungen für den Fußballklub FCK.	
<b>DNK-Beirat trifft sich in Mannheim</b>	S. 4
Themen, die Kämmerer bewegen	
<b>Finanzmanagement</b>	
<b>Rating durch die Hintertür</b>	S. 6
Recklinghausens Kämmerer fürchtet Mehraufwand bei „grünen“ Finanzierungen.	
<b>Kein Flickenteppich</b>	S. 6
EU-Taxonomie setzt neue, einheitliche Standards und könnte bisherige Konzepte verdrängen.	
<b>„Die Investitionen sprengen jeden Rahmen“</b>	S. 7
München begibt nach 25 Jahren eine Stadtanleihe. Kämmerer Christoph Frey im Interview	
<b>Vergesst die Städte nicht!</b>	S. 8
Prosperierende Städte, abgehängte Regionen. Was ist dran an dieser These?	
<b>#stadtvonmorgen</b>	
<b>Die Zukunft ist „glokal“</b>	S. 9
Wie progressive Oberbürgermeister als „Glokalisten“ lokal an der globalen Zukunft arbeiten	
<b>Städte als „Schlüsselpartner“ für Klimaziele</b>	S. 9
Mit dem Nachhaltigkeitsnetzwerk ICLEI startet Bonn das Konferenzformat „Daring Cities“.	
<b>Schritt für Schritt zur agilen Verwaltung</b>	S. 10
Stadtdirektor Martin Murrack über den Duisburger Weg zur Digitalisierung	
<b>Computer auf Rädern</b>	S. 12
In den Startlöchern: Das autonome Fahren erobert deutsche Städte.	
<b>Beteiligungsmanagement</b>	
<b>Rahmen für lokale Lösungen</b>	S. 13
Der Deutsche Public Corporate Governance-Musterkodex ist da	
<b>Baukasten für alle</b>	S. 13
Der D-PCG-Musterkodex vereinigt Sichtweisen aus Wissenschaft und Praxis.	
<b>Recht und Steuern</b>	
<b>EPSAS kommt – wahrscheinlich später</b>	S. 14
Kurzbilanz zur Entwicklung der europäischen Rechnungslegungsnormen	
<b>„Wir haben eine sehr angespannte Lage“</b>	S. 15
BSI-Chef Arne Schönbohm über Cyberangriffe	
<b>Netzwerk</b>	S. 16

### Welche Anstrengungen haben Sie als Stadtkämmerin unternommen, um den Stand der Altschulden in Gelsenkirchen zu senken?

Die gute Konjunktur hat uns geholfen. So konnten wir bisher 100 Millionen Euro an Liquiditätskrediten ablösen. Wir sind durchaus bereit, unseren Beitrag zu leisten, alles zu tun, was in unserer Macht steht. Mehr als das ist aber nicht möglich. Es wäre für die Stadt Gelsenkirchen fatal, wenn wir das kommunale Angebot noch weiter reduzieren müssten.

### Welche weiteren Themen sehen Sie als besonders wichtig für die Zukunft Gelsenkirchens?

Gelsenkirchen ist einzigartig. Es gibt kein einziges unwichtiges Thema in dieser Stadt. Hier muss ich mich als Kämmerin um deutlich mehr kümmern als ich es beispielsweise in Münster oder in der Landeshauptstadt Düsseldorf tun müsste. Wir brauchen beispielsweise ein Strukturstärkungsgesetz – die Zeiten der Stein- und Braunkohle in Gelsenkirchen sind lange vorbei. Damit verbunden sind die Standort- und Arbeitsplatzpolitik, Bildungs- und Schulthemen, Migration, um nur ein paar Stichpunkte zu nennen. Positiv formuliert, Gelsenkirchen bietet ein großes Spektrum, auch an Partizipation für seine Bürger. Diese Stadt ist wunderschön und ambivalent zugleich. ◀

ak.meves@derneuekaemmerer.de